



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 866 890

P/XVI/251 - 7. November 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Ein Fetzen Papier

85

Das verfassungswidrige Koalitionsabkommen
verpflichtet zu nichts

Von Karl Wittrock, MdB

3

DFJ - "Die Freunde Ulbrichts" in Hamburg
Verweifelte Klimazüge einer Splittergruppe

47

4

Ein neuer Treubruch ?

42

Von einer weiblichen Bundesminister ist nicht mehr die Rede

5 - 6

Wie lange noch ?

77

Bilanz und Perspektiven der Möglichkeiten
für die Befriedung Algeriens

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Schauer

* * * *
* * *

Ein Fetzen Papier

Das verfassungswidrige Koalitionsabkommen verpflichtet zu nichts

Von Karl Wittrock, MdB

Das inzwischen von der Presse veröffentlichte Koalitionsabkommen zwischen CDU und FDP beschränkt in seinem ersten Teil die Freiheit des politischen Handelns von zwei Parlamentsfraktionen und ihrer Abgeordneten. Das Abkommen ist insoweit verfassungsrechtlich unhaltbar und verfassungspolitisch unmöglich. Wenn dieses Abkommen Grundlage für die Parlamentserbeit einer Bundestagsmehrheit werden würde, so bestünde die dringende Gefahr, dass das Parlament zu einer Akklamationsmaschine denaturiert und die Abgeordneten der Mehrheit des Rechtes auf freie Initiative und freie Entscheidung beraubt würden. Politische Entscheidungen würden allenfalls in das Dunkelzimmer des Koalitionsausschusses verlagert werden. Folgende Regelungen des Abkommens sind in diesem Zusammenhang bemerkenswert:

- 1.* "Die Koalitionspartner werden für die Dauer der Vierten Wahlperiode des Deutschen Bundestages in einer Regierungskoalition zusammenarbeiten. Sie werden während dieser Zeit jedes Koalitionsangebot von dritter Seite ablehnen."

Damit entäußern sich die Abgeordneten der Partner des Abkommens eines jeden Rechtes auf ein konstruktives Misstrauensvotum als der stärksten Form einer politischen Gestaltungsmöglichkeit (Art. 67 GG). Sie verpflichten sich gleichzeitig, einem etwaigen Antrag des Bundeskanzlers zuzustimmen, ihm das Vertrauen auszusprechen (Art. 65 GG). Sie verzichten damit auch auf das Recht, frei von Weisungen und nur nach ihrem Gewissen zu entscheiden (Art. 38 GG). Das kann nicht rechtmäßig sein.

- 2.* "Die Vorsitzenden der Koalitionsparteien und der Koalitionsfraktionen verpflichten sich, darauf hinzuwirken, dass die Fraktionen im Deutschen Bundestag nicht mit wechselnden Mehrheiten abstimmen, insbesondere, dass nicht einzelne Gruppen der Koalitionsfraktionen zusammen mit der Opposition in Einzelfällen Mehrheiten bilden."

Diese Regelung ist nichtig, weil sich die genannten Vorsitzenden nicht zu etwas verpflichten können, was rechtlich unmöglich ist, denn die von den Vorsitzenden verlangte Einwirkung widerspricht dem Status der freigewählten Abgeordneten nach Art. 38 des Grundgesetzes. Wollte man die vereinbarte Regelung aber trotzdem praktizieren, so wird den Abgeordneten das Recht beschnitten, frei von Weisungen und nur ihrem Gewissen unterworfen zu wirken. Sie sollen nicht danach

entscheiden dürfen, was im Einzelfall dem Gemeinwohl am besten dient, sondern es gibt nach dem Abkommen nur e i n e n Maßstab, nämlich, nicht mit der Opposition im Einzelfall eine Mehrheit zu bilden. Das kann nicht rechtens sein.

- 3.* "Die Koalitionspartner sind sich einig, dass nicht beachtet ist, von früheren Bundestagen verabschiedete Gesetze aufzuheben."

Auch damit wird die Freiheit der Gewissensentscheidung des einzelnen Abgeordneten reglementiert und somit die verfassungsrechtliche Stellung des Abgeordneten ausgehöhlt. Es hat in der letzten Wahlperiode Gesetzesentscheidungen gegeben, die nicht nur von der SPD, sondern auch von der FDP aus grundsätzlichen politischen und verfassungsrechtlichen Erwägungen abgelehnt worden sind. Es kann nicht rechtens sein, dass die Stimme der damaligen besseren Einsicht nun bei diesen Abgeordneten zu schweigen hat.

- 4.* "Die Grundgedanken der Regierungsentwürfe sind vor der Einbringung im Kabinett dem Koalitionsausschuss zur Beratung zuzuleiten ... Initiativgesetzentwürfe der Koalitionsfraktionen sind vor der Einbringung im Bundestag dem Koalitionsausschuss zuzuleiten ... Die Vorsitzenden der Koalitionsfraktionen werden in ihren Fraktionen darauf hinzuwirken, dass Initiativgesetzentwürfe, die von Gruppen der Koalitionsfraktionen eingebracht werden, ... dem Koalitionsausschuss zugeleitet werden."

Damit wird zunächst die Verteilung der Verantwortlichkeit der einzelnen Bundesminister für ihre Geschäftsbereiche weitgehend aufgehoben. Ein Teil der politischen Verantwortung der Bundesregierung gegenüber dem Parlament - beispielsweise wegen einer vom Parlament geforderten, aber unterlassenen Gesetzesinitiative - geht auf den niemandem verantwortlichen Koalitionsausschuss über. Das Recht der Abgeordneten, "aus der Mitte des Bundestages" nach bestem Wissen und Gewissen das Recht zur Gesetzesinitiative auszuüben (Art. 76 GG), wird in unzulässiger Weise eingeschränkt. Im übrigen degradiert eine solche Regelung das Parlament zu einer Akklamationsmaschine. Das kann nicht rechtens sein.

Dieses Koalitionsabkommen ist keine Grundlage für eine freie und demokratische Arbeit des neuen Bundestages. Es atmet nicht den Geist freiheitlicher Verfassung, sondern es zeugt von der Angstlichkeit der Verfasser des Abkommens, die eigenen Fraktionen um j e d e n Preis auf Vordermann zu bringen und am Gängelband zu halten. Man sollte es nicht für möglich halten, dass so etwas vereinbart worden ist. Die Geheimniskrämerei der Väter des Abkommens hinsichtlich der Einzelheiten seines Inhalts beweist, dass es doch möglich ist. Im übrigen ist das verfassungswidrige Abkommen nichtig. Es kann deshalb niemanden zu etwas verpflichten. Erklärt das die Zustimmung der beiden Fraktionen zur Annahme des Abkommens?

DFU - "Die Freunde Ulbrichts" in Hamburg

sp - Die "Deutsche Friedensunion" (DFU) entwickelt bei dem in Hamburg stattfindenden Bürgerschaftswahlkampf eine ebenso starke Propaganda wie schon vor der Bundestagswahl. Dabei fragt man sich auch in Hamburg, woher diese Leute, für die der kommunistische "Sender Schwerin" in den letzten Wochen eine so betonte Schützenhilfe leistet, eigentlich das für ihre kostspielige Aktivität notwendige Geld bekommen.

Diese Propaganda, die die DFU vor dem Hintergrund der unmenschlichen russischen Atombombenversuche und der ebenso unmenschlichen Stacheldrahtzäune an der Zonengrenze und in Berlin ohnehin um ihren Erfolg bringt, stößt auch keineswegs auf "potentielle Wählerschichten". 1945 verfügten die Kommunisten in Hamburg einmal über 22 000 Mitglieder. 1956 waren es nur noch 4000. 1946 bekamen sie bei der Bürgerschaftswahl 10,4 Prozent der Stimmen. 1953 waren es nur noch 3,2 Prozent. Schon vor dem Verbot waren die Kommunisten, an deren Tradition die DFU heute teilweise anknüpfen will, schon zu einer Sekte geworden.

Als ein Aushängeschild der DFU in Hamburg wird auch das "ideologisch verwirrte" Bürgerschaftsmitglied Albert Berg verwendet, der zugleich die DFU führt. Nun, dazu kann ein Wort des Bürgerschaftspräsidenten Herbert Dau wiedergegeben werden, der am 26. Oktober in Hamburg sagte: "Der jetzige DFU-Vorsitzende hat als Abgeordneter in der Bürgerschaft innerhalb der letzten zwei Jahre insgesamt an einer einzigen Sitzung teilgenommen". Auf der anderen Seite weiß man aber, daß Berg Zeit und Muße fand, sich auf eine Moskau-Fahrt zu begeben.

Inzwischen haben die Sozialdemokraten in der Hansestadt eine Dokumentation über die DFU veröffentlicht, die den Schluß zuläßt, daß es bei dieser linksextremen Partei (die zweifellos den Urwalddoktor Schweitzer in ihrer Wahlpropaganda mißbraucht) erhebliche Kontakte zu ehemaligen Kommunisten gibt. In der von der Sozialdemokraten herausgegebenen Broschüre "Die Freunde Ulbrichts" wird berichtet, daß die jetzige Hamburger Bürgerschaftsliste der DFU zu immerhin 50 Prozent aus ehemaligen Kommunisten oder Mitgliedern der kommunistischen Tarnorganisation besteht. Kein Wunder, daß der SPD-Landesvorsitzende Vittinghoff erklärte, mit der DFU habe sich die SED in Westdeutschland eine Partisanengruppe eingekauft.

Einen bemerkenswerten Aufschluß läßt auch Tätigkeit und Herkunft anderer DFU-Funktionäre zu. Da tritt der "Ulbricht-Interviewer" Hans Rondi neben dem ehemals hauptamtlichen KPD-Angestellten Helmut Warrke auf. Zwei ehemalige Funktionäre der Freien Deutschen Jugend, nämlich Gern Wähl und Irma Hölzle, treten ebenfalls in Erscheinung und nicht zuletzt ist da in Hamburg der DFU-Landesgeschäftsführer Horst Bethge, der sich so nachdrücklich für die kommunistischen Weltjugendspiele in Wien eingesetzt hat.

Es besteht nicht die Gefahr, daß die Leute von der DFU in der Hamburger Bürgerschaft in Erscheinung treten werden, aber es sollte den Wählern doch gesagt werden, was mit ihnen eigentlich los ist. Man weiß auch, daß es bei ihnen in den letzten Wochen erhebliche ideologische Bauchschmerzen wegen der kommunistischen Gewaltpolitik im Osten gegeben hat, was mancher DFU-Mann schon mit der Austrittserklärung, wie sie ja auch in der Bremer Spitzengarnitur registriert wurden, beantwortet hat.

Ein neuer Treuebruch ?

Von einem weiblichen Bundesminister ist nicht mehr die Rede

sp - Dem Koalitionskabinett der Geschlagenen und Wortbrüchigen dürfte, wie die Dinge jetzt nur laufen, kein weibliches Mitglied angehören. Zwar fiel bei dem Hin und Her der vergangenen Wochen öfter der Name der CDU-Abgeordneten und Studienrätin Frau Schwarzhaupt, aber so oft er auch fiel, so oft erhoben sich Bedenken dagegen, eine "Junggesellin" zum Sachwalter und Fürsprecher bundesrepublikanischer Familienpolitik zu machen. Dies mögen jedoch vordergründige Einwände sein. Auch für eine qualifizierte Frau wäre der Weg zum vierten Kabinett Adenauer gesperrt. Im harten Ringen um Ministersessel sind die CDU-Frauen im Nachteil, sie können es mit den robusteren und von ihren Ellenbogen kräftig Gebrauch machenden CDU/CSU- und FDP-Männern nicht aufnehmen; sie bleiben auf der Strecke.

Hier ist wohl eine Erinnerung angebracht. Jedesmal vor Bundestagswahlen liess sich der Bundeskanzler und CDU-Vorsitzende Dr. Konrad Adenauer im Gespräch mit den Vertreterinnen der Frauerverbände vernehmen, er sähe es gern, würde auch eine Frau in seinem Kabinett vertreten sein. So geschah es 1953, 1957 und zuletzt noch im Sommer dieses Jahres. Was folgte diesen Ankündigungen? **N i c h t s !** Sie erwiesen sich als leeres Versprechen, dazu bestimmt, die Sympathien der Frauen, die ja immer noch den grösseren Teil der Wähler stellen, zu gewinnen. Adenauer ist so etwas noch nie schmerzlich, er hat Erfahrung darin. Wer hätte ihn 1953 und 1957 daran hindern können, sein Kabinett um ein weibliches Mitglied zu bereichern? Er und seine Partei besaßen die absolute Mehrheit, von der sie so rücksichtslos und oft zum Schaden einer gesunden demokratischen Entwicklung Gebrauch machten. Aber sie dachten nicht daran, für sie sind die weiblichen Wähler eben - "nur Wähler".

Diese zynische Einstellung muss Wortbrüche am laufenden Band zur Folge haben. Sie bildet auch das Grundelement der neuen, nur durch den nackten Interesseneigennutzen zustandekommenen Koalition. Wer den grösseren Teil der Wählerschaft durch List und Täuschung so behandelt, wie es geschah, mag sich wohl selbst als ein geschickter Rosentäuscher vorkommen, aber einmal muss auch er die unausbleibliche Rechnung bezahlen. Zum Verlust der absoluten CDU/CSU-Mehrheit im Bundestag haben am 17. September auch viele Frauen beigetragen, ihre Zahl wird sich bei den nächsten Wahlen wohl vergrössern. Auf die Dauer eignet sich der Wort- und Treuebruch als politische Waffe nicht. Betrogen worden sind die FDP-Wähler, deren Minister, entgegen aller vorher gegebenen feierlichen Versicherung, nun doch noch das Joch Adenauers auf sich nehmen, und betrogen worden sind Millionen gutgläubige Frauen, denen eine Vertretung in der kommenden Bundesregierung zugesagt war. Die Rechnung wird nicht ausbleiben.

Wie lange noch ?

Bilanz und Perspektiven der Möglichkeiten für die Befriedung Algeriens

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Mit Bangen und wachsender Unruhe fragen sich die Franzosen, ob das am Allerheiligentag begonnene achte Kriegsjahr wirklich das letzte ist. Der Krieg währt unter der Fünften Republik bereits ebenso lange wie unter der Vierten, nämlich jeweils dreieinhalb Jahre. De Gaulles Macht-ergreifung wurde von den demokratischen Parteien in der Hoffnung geduldet, der General werde dem Algerienkrieg ein Ende setzen und den Bürgerkrieg verhindern. Man ist gezwungen, festzustellen, dass der Algerienkrieg weitergeht und Frankreich hart am Rand des Bürgerkrieges steht.

Gescheiterte Versuche

An Versuchen zur Beendigung des Krieges hat es in den letzten Jahren nicht gefehlt. Sie reichten aber nicht aus. De Gaulle machte Zugeständnisse, zu denen sich seine Vorgänger nicht bereit fanden. Er proklamierte im September 1959 zum ersten Mal das Selbstbestimmungsrecht der Algerier, trat dann mit der FLN mehrmals in offizielle Verhandlungen, anerkannte das Recht der Algerier auf eine souveräne Republik und die Zugehörigkeit der Sahara zu Algerien, verzichtete auf den Plan einer Teilung Algeriens und schlug zwei rechtsradikale Putschversuche nieder.

Er wurde dabei tatkräftig von den Linksparteien und den Gewerkschaften unterstützt. Dennoch, der Algerienkrieg tritt in sein achttes Jahr und die OAS schleift ihre Waffen für den nächsten Putsch.

Erfolge der FLN

Der Allerheiligentag bestätigte, dass die grosse Mehrheit der algerischen Bevölkerung den Lösungen der FLN folgte. Trotz ungewöhnlich starker Konzentration von Armee und Polizei und ausdrücklichem Demonstrationsverbot zogen die Algerier auf die Strassen, mit ihren grün-weissen Nationalfahnen und Spruchbändern. Der mässige Einfluss der FLN-Führung war in den Parolen zu erkennen sowie in der Tatsache, dass es dem Ordnungsdienst der FLN gelang, fast überall Exzesse zu verhindern.

Von seiten der FLN wird der 1. November 1961 als Volksabstimmung bezeichnet. Wird deshalb die von General de Gaulle versprochene Selbstbestimmung wirklich überflüssig und ist es möglich, einfach den nationalistischen Führern die Macht zu übertragen, wie Ben Chedda es verlangt und wie das vorher, nach Verhandlungen, in Tunesien und Marokko geschehen ist?

Dass die grosse Mehrheit der Algerier heute hinter der FLN steht, ist schon seit längerer Zeit bekannt, auch und gerade den gut unterrichteten französischen Stellen. Eben deshalb hat ja General de Gaulle mehrmals die Unvermeidlichkeit einer souveränen algerischen Republik unterstrichen. Dennoch dürfte eine international kontrollierte Volksabstimmung nicht zu umgehen sein, aus völkerrechtlichen ebenso wie aus verfassungsrechtlichen Gründen. Die FLN widersetzt sich diesem Weg auch keineswegs, sie hat von einem Verdict des algerischen Volkes nichts zu befürchten, im Gegenteil. Sie hält diesen Weg nur für etwas langwierig und befürchtet die Sabotage der CAS, eine Verewigung des Krieges und kongolesische Zustände.

Paris und die FLN sind in den letzten Wochen einander näher gekommen. Die verantwortlichen Männer der französischen Politik verzichteten ausdrücklich auf den Plan einer Teilung Algeriens. Die FLN-Führung machte gleichfalls unerwartete Zugeständnisse bezüglich der kommenden Zusammenarbeit: Frankreich soll das Recht haben, in Algerien für eine bestimmte Zeit Militärstützpunkte zu unterhalten, beide Länder sollen auf allen Gebieten zusammenarbeiten, den Algerienfranzosen sollen wirkliche Garantien geboten werden. Ben Chedda, als Radikaler verschrien, scheint ein klügerer Staatsmann zu sein, als sein Vorgänger der gut bürgerliche Ferhat Abbas.

Sorge um Frankreichs Zukunft

An der Schwelle dieses achten Kriegsjahres ist auch die französische Linke zu neuer Tätigkeit erwacht. Am Allerheiligentag demonstrierten in Paris zum Zeichen der Solidarität mit den Algeriern, für Frieden und gegen den drohenden Faschismus, allerdings nur kleinere Gruppen der Linken: einige tausend Studenten und Intellektuelle mit Jean-Paul Sartre im Quartier Latin und die Unabhängigen Sozialisten (PSU) auf den Boulevards der Aussenbezirke. Die grossen Linksparteien und Gewerkschaften hielten sich zurück. Das kann aber über die allgemeine Stimmung nicht hinwegtäuschen.

Nach dem brutalen Vorgehen gegen die algerischen Demonstranten in Paris hagelte es Proteste im Senat und in der Nationalversammlung. Die Kirchen setzen sich in Bewegung. Der Christliche Gewerkschaftsbund hat eine Entschliessung gefasst, die ungewöhnlich scharf ist. Vor allem aber veröffentlichten die drei grossen Gewerkschaftsbünde (sozialistisch, christlich und kommunistisch ausgerichtete Verbände) von Paris und Umgebung gleichlautende Aufrufe, in welchen klipp und klar ein Generalstreik angedroht wird, falls es wieder zu ähnlichen Ereignissen kommen sollte. Wahrscheinlich ist es nicht so sehr die Solidarität mit den Algeriern, als die Sorge um die eigene Zukunft, die Frankreichs Öffentlichkeit zum Handeln veranlasst.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel